

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
23. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 17.12.2024 um 17:00 Uhr
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:
17:00

Ende:
20:10

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Prof. Dr. Edwin Bölke
Stv. Annette Braun-Kohl
Stv. Vincent Endereß
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Jens Lemke
Stv. Annette Leonhardt
Stv. Klaus Mentrop
AM Henrik Radtke
Stv. Folke Schmelcher

SPD-Fraktion

Stv. Felix Blossey
Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Martin Haesen
Stv. Marion Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Tessa Lukat
Stv. Nadine Lütz
Stv. Sonja Lütz
Stv. Annegret Wahlers

bis 20:05 Uhr

GAL-Fraktion

Stv. Lucio Dröttboom
Stv. Nicola Günther
Stv. Tabea Haberpursch
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Stv. Hendrik Sawukaytis

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Harald Giebels

Stv. Monika Morwind

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführung

StA Daniel Jonke

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

StVD'in Doris Abel

StRD'in Andrea Kotthaus

StOVR Gerhard Titzer

StAR'in Anja Esser

VA Dominic Büsselmann

StHS'in Simone Herweg

Die Vorsitzende Bgm'in Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:00 Uhr die 23. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Bgm'in Dr. Warncke schlägt vor, die von SPD, WLH und GAL eingebrachte Resolution noch vor dem TOP Hebesätze zu beraten.

Hierüber herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitgliedern.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erklärt sich zu TOP 16 „Jahresabschluss 2023“ für befangen.

Stv. Günther erklärt sich zum nichtöffentlichen TOP 25 „Musikschule Haan e.V. - Zuwendungsantrag für 2025“ für befangen.

Weitere Befangenheitsmitteilungen liegen nicht vor.

2./ Fragerecht für Einwohner_innen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen von Einwohner_innen vor.

3./ Neubau Rathaus Haan Vorlage: 65/064/2024

Protokoll:

Stv. Lukat teilt mit, dass die WLH-Fraktion für einen Neubau des Rathauses sei und auch die Örtlichkeit für gut befinde. Jedoch seien aus Sicht der Fraktion die Kostenfaktoren einfach zu hoch. Der WLH gehe es darum die Kosten so gut es geht zu minimieren und keine zusätzlichen Grundstückskäufe zu tätigen, da diese für den Neubau nicht zwingend notwendig seien.

Antrag der WLH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt....

- 1. die Vorplanung (LPH 2 HOAI) Planstand SPUBA 21.09.2023 des Rathausneubaus am unteren Neuen Markt so planen zu lassen, dass nur die Häuser I und II, einschließlich Anbindung an die Tiefgarage Schillerstraße geplant und gebaut werden mit veränderter Erschließung über das städtische Grundstück Kaiserstr. 21, anstatt Windhövel und hierfür einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorzulegen.*
- 2. eine Gesamtkostenübersicht u.a. unter Einbeziehung der Sanierung des historischen Rathauses zu erstellen.
Darin enthalten ist ein Aufstellungsbeschluss für einen zusätzlichen Grundstücksankauf.*

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 25 Nein / 4 Enthaltungen

Stv. Rehm plädiert noch einmal für eine gewerkeweise Ausschreibung, da so auch lokale Haaner Unternehmen berücksichtigt werden können und die Kosten verringert werden können.

Antrag der GAL-Fraktion:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine gewerkeweise Vergabe zum Neubau des Rathauses vorzubereiten.

mehrheitlich abgelehnt

12 Ja / 22 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss gem. Vorlage:

1) Der Rat der Stadt Haan nimmt die Kostenberechnung des Gesamtinvestitionsvolumens (ohne Grundstückskosten, Maßnahmen Windhövelplatz und Einmündungen Kaiserstraße, Umzüge, Möblierung, IT Ausstattung und TK Endgeräte, Kunst am Bau / Kunstwerke, Umbau und Ertüchtigung des Baudenkmals altes Rathaus, Lager Rockwell) in Höhe von 53.420.000 € für den „Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der Volkshochschule und Stadtarchiv“ am unteren neuen Markt auf Grundlage der Beschlusslage zur Kenntnis und setzt diese als Kostenobergrenze fest.

2) Der Rat gibt die Entwurfsplanung für den „Neubau des Rathauses der Stadt Haan mit Räumen der Volkshochschule und Stadtarchiv“ am unteren neuen Markt als Grundlage für die Bauantragsplanung frei.

3) Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Entwurfsplanung die Bauantragsplanung (LPH 4 HOAI) durchzuführen, die funktionale Leistungsbeschreibung zu erstellen und das Vergabeverfahren als Gesamtvergabe ab Leistungsphase 5 HOAI für Hochbau, Tiefbau, Außenanlagen schlüsselfertig als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb durchzuführen. Die hierfür erforderlichen Leistungsstufen sind nach Vollzug des Grunderwerbs Kaiserstraße 19 bei Rechtsberatung, Planern und Projektsteuerung abzurufen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
20 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen

4./ Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 200 "Neues Rathaus" im Verfahren nach § 13a BauGB, Anpassung des Flächennutzungsplanes durch seine 49. Änderung im Bereich "Neues Rathaus"

**- hier: Information zum Stand der Planung, Beschluss zur Planerarbeitung
Vorlage: 61/105/2024**

Beschluss:

1. Die Ausführungen zum Stand der Planung und das Flächenkonzept werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in Anlage 3 abgebildeten verkleinerten Plangebietes und des Bebauungsplanvorentwurfes die Planungen zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 200 fortzuführen.
3. Die bestehenden Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 41d, 1. Änderung sind zudem für die im Bebauungsplanvorentwurf zur Aufhebung gekennzeichneten Planbereich aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
20 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen

**4.1. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 200 "Neues Rathaus" im Verfahren
/ nach § 13a BauGB, Anpassung des Flächennutzungsplanes durch seine
49. Änderung im Bereich "Neues Rathaus"**

**hier: Anpassung des Ratsbeschlusses vom 02.11.2021 zur wohnbaulichen
Folgenutzung für das Grundstück Gemarkung Haan, Flur 26, Flurstück 368
Vorlage: 61/105/2024/1**

Beschluss:

Der Beschluss des Rates vom 02.11.2021 wird aufrechterhalten. Die weiteren Überlegungen zum Wohnungsbau erfolgen jedoch erst im Zusammenhang mit einer konkretisierenden zukünftigen Planung für die Fläche des dritten Verwaltungsgebäudes. So kann eine gemeinsame und aufeinander abgestimmte Entwicklung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
20 Ja / 9 Nein / 5 Enthaltungen

**5./ Kooperation mit der Ombudsstelle NRW
Vorlage: 51/106/2024**

Beschluss:

Die Ausführungen zur Ombudschaft NRW werden zur Kenntnis genommen.

Der Rat der Stadt Haan beauftragt das Jugendamt, die Kooperation mit der Ombudschaft NRW abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

6./ Wegfall der Bewohnerparkvorrechte auf zwei Stellplätzen der Ellscheider Straße
Vorlage: 66/101/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt den Wegfall der Bewohnerparkvorrechte zweier Stellplätze (in Länge gerechnet) in der Ellscheider Straße 21-27 und deren Umwandlung in Stellplätze mit Parkscheibenregelung für zwei Stunden Parkdauer.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Parkraumbewirtschaftung
- hier: ergänzende Einführung einer Parkscheibenregelung unter Beibehaltung der Bewohnerparkvorrechte auf der Dieker Straße
Vorlage: 66/103/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Erweiterung der Stellplatznutzung auf der Dieker Straße im Bereich der Hausnummern 42 (Höhe Kreisverkehr) bis 78 (Höhe Einmündung Goethestraße) durch eine ergänzende Parkscheibenregelung für die Stellplätze in diesem Abschnitt.

Die bisherige zeitliche Geltung der Regelung (werktags von 7 -18 Uhr) und die Nutzung mit Bewohnerparkschein wird beibehalten. Die zulässige Parkdauer mit Parkscheibe wird im Bereich der Hausnummern 42 bis 60 auf 2 Stunden, im Bereich der Hausnummern 64 bis 78 auf 1 Stunde begrenzt.

Die Erweiterung der Stellplatznutzung erfolgt in der Weise, dass künftig auf allen Stellplätzen Bewohnerparken und parallel eine Nutzung mit Parkscheibe möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
26 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

**8./ Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren
Vorlage: 32/043/2024**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt die als Anlage 1 beigeführte Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
21 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen

**9./ Gebührenordnung für städtische Parkscheinautomaten im Stadtgebiet
Haan
Vorlage: 32/044/2024**

Beschluss:

Die TOPs 9 und 9.1 wurden gemeinsam beraten und beschlossen, da die Ergänzungsvorlage unter TOP 9.1 die ursprüngliche Vorlage zu TOP 9 ersetzt. Der Beschluss ist daher unter TOP 9.1 aufgeführt.

**9.1. Ergänzungsvorlage zur Gebührenordnung für städtische
/ Parkscheinautomaten im Stadtgebiet Haan.
Vorlage: 32/044/2024/1**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 1 beigefügte Parkgebührenordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
26 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltungen

**10./ Antrag des Jugendparlaments vom 05.09.2024 – Änderung der Satzung
des Jugendparlaments der Stadt Haan
Vorlage: II/063/2024**

Protokoll:

Bgm'in Dr. Warnecke erläutert die nochmalige Konkretisierung des Beschlussvorschlages durch die Verwaltung.

Stv. Lukat bedankt sich für die Antworten der Verwaltung auf die Anfragen der WLH-Fraktion. Sie frage sich jedoch, wer die JuPa-Mitglieder zu den Sitzungen einlädt. Zudem kritisiert sie nochmals die Höhe des angedachten Sitzungsgeldes in Höhe von 40,80 Euro. Dieser Betrag schein der WLH-Fraktion unangemessen hoch. Zudem sei keine Erläuterung erfolgt, welche Auslagen die JuPa-Mitglieder bei der Teilnahme an einer Ausschusssitzung haben, welches die Höhe rechtfertige.

1. Bgo. Herz erläutert, dass der Rat für die Besetzung der Ausschüsse zuständig sei und dies entscheide. Die Einladung der benannten JuPa-Mitglieder erfolge mit der Sitzungseinladung, zusammen mit den Einladungen für die Rats- und Ausschussmitglieder.

Stv. Ruppert gibt zu bedenken, dass es in dem Beschlussvorschlag zu einer Häufung von unbestimmten Rechtsbegriffen komme. Die FDP-Fraktion könne dem Vorschlag daher nicht zustimmen.

Bgm'in Dr. Warnecke teilt mit, dass die Verwaltung dahingehend keine Gefahr sehe, da der Sachverhalt durch die Konkretisierung an sich klargestellt sein sollte.

Stv. Lukat verweist auf den Vorschlag des JuPa unter TOP 22 „Neubesetzung von Ausschüssen“. Hier seien jeweils nur die volljährigen Mitglieder benannt worden. Sie beantragt daher, den Sachverhalt in die nächste Ratssitzung zu verschieben um die offenen Fragestellungen noch zu klären.

Stv. Haesen führt aus, dass sich die SPD-Fraktion für den Beschlussvorschlag ausspreche um auch mit anderen Gremien wie beispielsweise dem Seniorenbeirat gleichzuziehen. Es gehe darum ein Zeichen zu setzen, dass man die Arbeit des Jugendparlamentes ernst nehme. Zudem können zusätzliche Perspektiven den politischen Beratungen einen Mehrwert bringen.

Stv. Lemke spricht sich ebenfalls im Namen der CDU-Fraktion für den Beschlussvorschlag aus.

Stv. Rehm erläutert, dass man zu dieser Sache nun viel diskutiert habe. Der GAL sei nicht klar, wovor die WLH Angst habe. Über die Besetzung würde in TOP 22 nochmal diskutiert.

Stv. Drennhaus weist darauf hin, dass die Stv. Lukat gem. § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates, ihren Antrag auf Vertagung der Sache nicht stellen durfte, da sie sich bereits zuvor an der Beratung beteiligt habe.

Bgm'in Dr. Warnecke bedankt sich für den Hinweis.

Stv. Wahlers stellt daher nochmals den Antrag zur Geschäftsordnung für die WLH-Fraktion auf Vertagung der Sache zur nächsten Sitzung des Rates gem. § 10 Abs. 1 lit. g Geschäftsordnung des Rates der Stadt Haan.

Bgm'in Dr. Warnecke lässt daraufhin über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt
8 Ja / 26 Nein / 0 Enthaltungen

Im Anschluss lässt sie über den konkretisierten Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Das Jugendparlament wird zu öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse des Rates (satzungsgemäß außer Rat, Haupt- und Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss und Wahlausschuss) der Stadt Haan als Vertretung der Haaner Jugendlichen eingeladen und zu Angelegenheiten angehört, die Belange der Jugendlichen betreffen. Das Jugendparlament hat mit einfacher Mehrheit jeweils eine Vertretung zu den öffentlichen Sitzungen zu entsenden. Die Vertretung (im Alter von 12 bis 21 Jahren) hat Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung analog der Höhe des Sitzungsgeldes eines sachkundigen Bürgers. Die Vertretung ist durch den Rat der Stadt Haan zu bestätigen. Dieses Sitzungsgeld erhält nur jeweils ein Mitglied des Jugendparlamentes, welches an einer entsprechenden Fachausschusssitzung im öffentlichen Teil teilnimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
24 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung

**11./ Kommunikationsbänke
Vorlage: 50/051/2024**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt, die in dieser Vorlage bezeichneten Bänke mit Schildern mit der Aufschrift „Rede-Bank“ zu versehen und damit als Kommunikationsbänke zu kennzeichnen. Das Schild wird um einen QR-Code ergänzt, der die Übersetzung der Aufschrift in die gängigsten Fremdsprachen sowie eine kurze Erklärung zum Zweck der Redebänke enthält.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**12./ Seniorengerechte Quartiersentwicklung
Vorlage: 50/050/2024**

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**13./ Situation der Zuweisungen von Geflüchteten nach Haan
Vorlage: 50/046/2024**

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**14./ Gebührenbedarfsberechnung 2025 für den Wochenmarkt der Stadt Haan
Vorlage: 60/075/2024**

Beschluss:

Die Gebührenbedarfsberechnung für den Wochenmarkt der Stadt Haan 2025 wird zur Kenntnis genommen. Eine Satzungsänderung ist aufgrund des gleichbleibenden Gebührenbedarfs nicht notwendig.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

15./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof 2025
Vorlage: 60/076/2024

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Haan über die 10. Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof in Haan (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

16./ Jahresabschluss 2023
Vorlage: 14/046/2024

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96, 102 GO NRW den Jahresabschluss zum 31.12.2023 fest.
2. Die Ratsmitglieder sprechen gemäß § 96 GO NRW der Bürgermeisterin die Entlastung aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 befangen / 1 nicht teilgenommen

Bgm'in Dr. Warnecke hat sich im Vorfeld zu diesem Sachverhalt für befangen erklärt und daher an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

17./ Ergebnisverwendung Jahresabschluss 2023 der Stadt Haan

Vorlage: 20/144/2024

Beschluss:

Der im Haushaltsjahr 2023 entstandene Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung in Höhe von 3.722.921,65 Euro wird mit der Ausgleichsrücklage verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

18./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2025

Vorlage: 10/172/2024

Protokoll:

Stv. Ruppert führt aus, dass man durchaus anerkennen müsse, dass die Verwaltung sich darum bemüht habe, Einsparungen bei den Stellen vorzunehmen. Jedoch reiche dies in Anbetracht der erheblichen Personalkosten nicht aus. Solche Einsparungen hätten seitens der Verwaltung bereits früher, spätestens seit 2021 vorgenommen werden müssen. Die FDP-Fraktion werde daher gegen den Stellenplan stimmen.

Beschluss:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den personalwirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen nach Ziffer 2.7 wird zugestimmt.

Überstunden sind mit Ausnahme der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015, TOP 9.2.2 und Beschluss des Rates zu Überstunden der Feuerwehr und des Rettungsdienstes vom 9.4.2024, TOP 26).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
29 Ja / 2 Nein / 2 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

18. Stellenplan 2025

1./ hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 02/13 (Schreibkraft Personalrat) von derzeit 0,6 VZÄ auf 0,7 VZÄ

Vorlage: 10/182/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung eines Stellenanteils von 0,1 VZÄ der Stelle 02/13 (Schreibkraft Personalrat) im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

18. Stellenplan 2025

2./ hier: Erhöhung der Stellenanteile bzw. Einrichtung zusätzlicher Stellen an den OGS-Standorten Don-Bosco-Schule und GGS Gruiten sowie Einrichtung von 1 weiteren Praxis Integrierten Ausbildungsstellen für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für den OGS Standort Gruiten

Vorlage: 10/183/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der Erhöhung der Stellenanteile bei verschiedenen Fach-, Ergänzungs- und Hauswirtschaftskräften an der OGS Don-Bosco-Schule um 0,8 VZÄ und an der OGS Gruiten um 0,4 VZÄ, der Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ (Ergänzungskraft) an der OGS Don-Bosco-Schule sowie der Einrichtung einer weiteren Praxis Integrierten Ausbildungsstelle für den Erzieher_innen Beruf (PiA) für den Standort Gruiten zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

18. Stellenplan 2025

3./ hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 40/35

Vorlage: 10/181/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 40/35 von derzeit 0,5 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

18. Stellenplan 2025

4./ hier: Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 50-29

Vorlage: 10/179/2024

Protokoll:

P6 SPD

(Entfristung der Stelle der Sozialplanerin)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Entfristung, ohne kw-Vermerk, der Stelle (Sozialplanerin) im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

29 Ja / 3 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des Stellenanteils der Stelle 50-29 (Hausmeister Unterkünfte) von derzeit 0,7 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

18. Stellenplan 2025

5./ hier: Ausweitung des Stellenanteils für die Jugendgerichtshilfe von derzeit 0,4 auf 1,0 VZÄ

Vorlage: 10/178/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Ausweitung des bisherigen Stellenanteils für die Jugendgerichtshilfe (Produkt 060330) von derzeit 0,4 auf 1,0 VZÄ im Stellenplan 2025

zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

32 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

18. Stellenplan 2025

6./ hier: Einrichtung eines Stellenanteils kommunale_r Energie- und Wärmeplaner_in

Vorlage: 10/180/2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Einrichtung eines Stellenanteils von 0,5 VZÄ für eine_n kommunale_n Energie- und Wärmeplane_:in im Stellenplan 2025 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

19./ Spielflächenleitplan der Stadt Haan
hier: Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushaltsjahr 2025 für die
Maßnahmen "Großspielgerät Grundschule Bollenberg" und "Motorikpfad
Grundschule Mittelhaan"
Vorlage: 70/041/2024/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt den zusätzlichen Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2025 gemäß der Ergänzungsvorlage zur Beschlussvorlage Nr. 70/041/2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
33 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

20./ Hebesätze 2025
Vorlage: 20/127/2024

Beschluss:

1. Der Hebesatz der Gewerbesteuer für das Jahr 2025 wird auf 427 v.H. festgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen
30 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

20. Hebesätze 2025
1./ Vorlage: 20/127/2024/1

Protokoll:

StVD'in Abel erläutert die Ergänzungsvorlage zu TOP 20.1.
Sie führt aus, dass sich die Verwaltung in der Lage sehe, aufkommensneutrale Hebesätze zu bestimmen.

Stv. Lukat stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Vertagung der Sache, da die entsprechende Sitzungsvorlage zu kurzfristig vorgelegt wurde. Gerade in Bezug auf die aufgezeigten Veränderungen sehe sich die WLH-Fraktion nicht in der Lage einen fundierten Beschluss fassen, dafür sei das Thema zu wichtig.

Stv. Rehm bedankt sich für die ausführliche Darstellung der Verwaltung. Er verweist auf einen kurzfristig eingereichten Antrag der GAL-Fraktion und teilt mit, dass sich die GAL für eine Differenzierung des Hebesatzes der Grundsteuer B ausspreche, da bei einem einheitlichen Hebesatz die Wohngrundstücke unnötig mehrbelastet würden.

Stv. Ruppert spricht sich ebenfalls für eine Vertagung der Entscheidung aus.

Stv. Endereß verweist auf gemischt genutzte Grundstücke und möchte wissen, was mit diesen bei einer Differenzierung der Hebesätze passiere.

Stv. Giebels führt ebenfalls aus, dass es sich um Fragen von enormer Tragweite für die Bürger_innen handele, welche nicht leichtfertig entschieden werden sollten. Dennoch bedankt er sich für die ausführliche Sitzungsvorlage der Kämmerei in der Kürze der Zeit.

Stv. Stracke teilt mit, dass auch die SPD-Fraktion noch mehr Zeit benötige, sich innerhalb der Fraktion auszutauschen.

Stv. Lukat meldet für die WLH-Fraktion Beratungsbedarf an und zieht somit den Antrag zur Geschäftsordnung zurück.

Stv. Rehm möchte wissen, wie es bezüglich des Haushaltes weitergehe, wenn die Hebesätze nicht beschlossen würden. Zudem teilt er mit, dass die GAL-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalte und diese ebenfalls in die nächste Beratung der Hebesätze verschiebe.

StVD'in Abel erläutert, dass bis zum 30.06.2025 ein Beschluss diesbezüglich erfolgen müsse.

Beschluss:

Die WLH-Fraktion hat bezüglich einer möglichen Differenzierung der Hebesätze zur Grundsteuer Beratungsbedarf angemeldet. Eine Beschlussfassung hierzu erfolgt in einer Sondersitzung des Rates im ersten Quartal 2025.

20. Resolution des Rates der Stadt Haan an den Kreistag des Kreises
2./ Mettmann
hier: gemeinsamer Antrag der WLH, SPD und GAL vom 04.12.2024

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den gemeinsamen Antrag zur Resolution des Rates.

Stv. Ruppert führt hierzu aus, dass er dem 1. Absatz seine Zustimmung geben könne, der 2. Absatz bezüglich des globalen Minderaufwands jedoch weit von der Realität entfernt sei und der daher nicht zustimmen könne. Bezüglich der Kreisumlage habe der Kreis nur wenig Einfluss, da hiervon beispielsweise ein großer Teil auch an den Landschaftsverband abfließen würde.

Stv. Giebels beurteilt dies ebenso wie der Stv. Ruppert. dem 1. Absatz könne er zustimmen, bezüglich des globalen Minderaufwands könne er dies ebenso nur ablehnen. Man müsse sehen, was das Instrument des globalen Minderaufwandes bedeute und dass dies kein taugliches Instrument sei, die finanziellen Möglichkeiten langfristig zu erhöhen.

Stv. Rehm erklärt, dass die Resolution ein Signal an den Kreis darstelle, dass dieser nochmal prüfen solle, inwiefern er dazu beitragen könne, die Kreisangehörigen Städte zu entlasten.

Stv. Lemke verweist darauf, dass es dem Kreis ebenso ergehe, wie den Städten und dieser kaum Möglichkeiten habe, die Städte entsprechend zu entlasten. Die CDU-Fraktion sei daher gegen die Resolution.

Stv. Braun-Kohl ergänzt, dass man natürlich viel fordern könne, jedoch habe es bereits einen entsprechenden Antrag der UWG auf Kreisebene gegeben, über welchen im Kreistag auch bereits viel diskutiert worden sei. Insofern könne Sie keinen Mehrwert in der Resolution erkennen.

Stv. Stracke führt aus, dass jede Ebene seine eigenen Vorstellungen und Bedarfe habe. Die Resolution solle dem Kreis vermitteln, dass der Stadt Haan aus finanzieller Sicht das Wasser sprichwörtlich bis zum Halse stehe.

Stv. Lukat ergänzt hierzu, dass es auch nicht nur um das Instrument des globalen Minderaufwands gehe, dies sei lediglich ein Beispiel. Es gäbe noch weitere Instrumente des Kreises, um die Städte zu entlasten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beschließt aufgrund des gemeinsamen Antrages von WLH, SPD und GAL vom 04.12.2024 folgende Resolution, gerichtet an den Kreistag des Kreises Mettmann:

„Der Rat der Stadt Haan fordert den Kreistag auf, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Kreisumlage so niedrig wie möglich zu halten.

Der Haushalt der Stadt Haan ist bis auf das Äußerste belastet.

Die Vorschläge der Kämmergeien der kreisangehörigen Städte, wie in der Synopse der "Benehmensherstellung zum Haushaltsentwurf 2025 des Kreises Mettmann" dargestellt, sollten kritisch geprüft und im Rahmen des Machbaren umgesetzt werden.

Als Beispiel würde der globale Minderaufwand im Kreishaushalt von 2% bereits zu einer Entlastung des Gesamtkreisumlage von rd. 17 Mio € führen. Wenn der Kreistag allen konkreten Forderungen der Kreiskämmerer*innen folgt, würde das für den Haaner Haushalt eine Entlastung von rd. 1,8 Mio€ in 2025 und weitere Entlastungen in den Folgejahren bedeuten.

Das wird für Haan dringend benötigt.“

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
19 Ja / 13 Nein / 2 Enthaltungen

**21./ Haushaltsplanberatungen 2025
Vorlage: 20/143/2024**

Protokoll:

1. Block: Anträge, die in einem separaten TOP behandelt wurden**V38**

(Friedhof Nutzungsgebühr Infrastruktur Friedhofsgebühr) – siehe TOP 15

P6 SPD

(Entfristung d. Stelle d. Sozialplanerin) – siehe TOP 18.4

V2

(Rechtsangelegenheiten Minderjähriger Jugendhilfe im Strafverfahren) – siehe TOP 18.5

V3

(Umweltschutz Kommunale Energie- und Wärmeplanung) – siehe TOP 18.6

Amt 32

(Satzung über die Erhebung der Bewohnerparkgebühren) – siehe TOP 8

Dez II

(Politische Gremien Ehrenamtliche Tätigkeit Sitzungsgelder JuPa) – siehe TOP 10

Amt 70

(Grundschule Bollenberg Großspielgerät) – siehe TOP 19

Amt 70

(Grundschule Mittelhaan Motorikpfad) – siehe TOP 19

Amt 20

(Zuschuss Musikschule) – siehe TOP 25 nicht öffentlich

2. Block: Veränderungsanträge, die ohne Auswirkung auf den Haushalt 2025 sind

V19

(Abwehrender Brandschutz Erwerb v. Maschinen/Fahrz.)

einstimmig beschlossen

P4 CDU

(PV-Anlagen)

einstimmig beschlossen

3. Block: alle einstimmig beschlossenen Veränderungsanträge

V4

(Hilfen nach AsylbLG Zuweisungen v. Gemeinden)

einstimmig beschlossen

V5

(Hilfen AsylbLG Regelleistungen)

einstimmig beschlossen

V6

(Wohnungsangelegenheiten Verwaltungsgebühren)

einstimmig beschlossen

V7

(Beihilfen etc. Pensionäre)

einstimmig beschlossen

V8

(Beihilfen)

einstimmig beschlossen**V9**

(Steuern, allg. Zuweisungen pp. Gewerbesteuer)

einstimmig beschlossen**V10**

(Steuern, allg. Zuweisungen pp. Gemeindeanteil Umsatzsteuer)

einstimmig beschlossen**V11**

(Steuern, allg. Zuweisungen pp. Gemeindeanteil Einkommensteuer)

einstimmig beschlossen**V12**

(Technikunterstützte Informationsverarbeitung Zuweisungen vom Land)

einstimmig beschlossen**V13**

(IT-Sicherheit) nicht öffentlich

einstimmig beschlossen**V14**

(IT-Sicherheit) nicht öffentlich

einstimmig beschlossen**V15**

(Ambulante Hilfen – sonstige Dienstleistungen Dritter)

einstimmig beschlossen**V17**

(Grundschule Don-Bosco Einzelinstandsetzung)

einstimmig beschlossen**V18**

(IT-Sicherheit) nicht öffentlich

einstimmig beschlossen**V21**

(Städt. Kita's Zuweisungen v. Land)

einstimmig beschlossen**V22**

(Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen [fremder Träger] - Zuweisungen vom Land)

einstimmig beschlossen

V23

(Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen [fremder Träger] – Zuweisung übr. Bereich)

einstimmig beschlossen

V24

(Technikunterstützte Informationsverarbeitung Besprechungsbildschirme)

einstimmig beschlossen

V25

(Grundschule Bollenberg Schülerbeförderungskosten)

einstimmig beschlossen

V26

(Fortbildung Dez. III Stab Umweltschutz)

einstimmig beschlossen

V27

(Zuweisungen v. Bund - BMUV)

einstimmig beschlossen

V28

(Zuweisungen v. Land – kommunale Wärmeplanung)

einstimmig beschlossen

V29

(Öffentlichkeitsarbeit/Werbemittel – BMUV & kommunale Wärmeplanung)

einstimmig beschlossen

V30

(Honorar f. Dienstleistungen – BMUV & kommunale Wärmeplanung)

einstimmig beschlossen

V31

(Bau u. Verw. v. Verkehrsfl. Investitionszuw. v. Land – Fußgängerzone)

einstimmig beschlossen

V32

(Abw. Brandschutz u. techn.Hilfel. Bezüge der Beamten)

einstimmig beschlossen

V33

(Rettungsd. u. Krankentransp. Bezüge der Beamten)

einstimmig beschlossen

V35

(Wochenmarkt Sonst. Dienstl. Dritter)

einstimmig beschlossen

V36

(Wochenmarkt Sonstige Baumaßnahmen)

einstimmig beschlossen

V39

(Technikunterstützte Info.-verarb. Invest. Kosten für Lizenz für Modul „Anträge“ Session Net)

einstimmig beschlossen

V40

(Technikunterstützte Info.-verarb. konsumtive Kosten für Softwarepflege für Modul „Anträge“ SessionNet)

einstimmig beschlossen

V41

(Belastungsausgleich Jugendhilfe – Einmalzahlung 2025)

einstimmig beschlossen

P10 WLH

(Instandsetzung Haus Westfalen)

einstimmig beschlossen

4. Block: alle bislang nicht beratenen Anträge

V42

(Allgemeines Personalwesen Ausbildungs-/Lehrgangskosten)

einstimmig beschlossen

V43

(Beschäftigtenvertretung Fortbildung)

einstimmig beschlossen

V44

(Rettungsd. u. Krankentransp. Erstattungen an Kreisleitstelle)

einstimmig beschlossen

V45

(Rettungsd. u. Krankentransp. Gebühr öffentl. Dienstl.)

einstimmig beschlossen

5. Block: alle mehrheitlich beschlossenen Anträge

V20

(Grundstückmanagement) – siehe TOP 26 nicht öffentlich

V34

(Grundstücksmanagement) – siehe TOP 26 nicht öffentlich

P5 CDU

(Erhöhung d. investiven Ansatzes Spielflächenleitplan)

einstimmig beschlossen**32 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen**

6. Block: alle in den Fachausschüssen abgelehnten Anträge**P2 CDU**

(Aufheben Parkscheinpflicht)

mehrheitlich abgelehnt**11 Ja / 20 Nein / 3 Enthaltungen****P3.3 WLH**

(Bürgerservice)

mehrheitlich abgelehnt**6 Ja / 28 Nein / 0 Enthaltungen****P7 WLH**

(Anlassbezogenes oberirdisches freies Parken)

mehrheitlich abgelehnt**5 Ja / 28 Nein / 1 Enthaltung****P9 WLH**

(Instandsetzungsmaßnahmen Turnhalle Dieker Straße)

Stv. Lukat teilt mit, dass die WLH-Fraktion den Antrag aufrecht erhalte. Dies Kosten sollten eingestellt werden, sodass die Sanierung endlich angegangen werden könne.

Stv. Endereß führt aus, dass der Rat sich doch bereits dafür ausgesprochen habe, das Wasserleck im Dach zu schließen und die entsprechenden Reparaturen vorzunehmen. Danach könne sich die Zeit genommen werden, um zu schauen, ob eine Sanierung in Frage käme, oder ob doch eine Kernsanierung oder gar ein Neubau notwendig sei.

Stv. Lukat entgegnet, dass man sich schon seit Jahren eine Sanierung des Daches vorgenommen habe, bisher jedoch wenig passiert sei. Der entsprechende Kostenrahmen läge vor. Hier gehe es um einen Grundsatzbeschluss die Kosten der Sanierung des Haus Westfalens für die Sanierung der Turnhalle Diekerstraße zu verwenden.

Stv. Endereß erläutert, dass die Maßnahme im Projektplan des Gebäudemanagements eingeplant und entsprechende Mittel eingestellt seien. Die finanziellen Mittel des Haus Westfalens seien nicht notwendig, da die Verwaltung auch so bereits arbeitsfähig sei.

Stv. Rehm teilt mit, dass die GAL gerne bereit sei, die Turnhalle auf Priorität 1 zu setzen, jedoch müsse vorher klargestellt werden, welches Projekt dafür zurückgestuft werde. Seitens der Verwaltung gebe es die Zusicherung, dass das Wasserleck abgestellt werde.

Stv. Stracke verweist auf vorherige Ausführungen des Technischen Dezernenten im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA), dass das Thema sehr komplex sei. Eine Ablehnung der SPD-Fraktion zu diesem Antrag habe nichts damit zu tun, dass nicht auch die SPD sich für eine Sanierung der Halle ausspreche.

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 29 Nein / 0 Enthaltungen

7. Block: alle im Laufe der Haushaltsplanberatungen zurückgezogenen / zurückgestellten Anträge

V1

(Sonstige Dienstleistungen Dritter Amt 51)

V37

(Allg. Personalwesen Ausbildungs- und Lehrgangskosten)

P1 AWO

(Taschengeldbörse)

P3.1 WLH

(ruhender Verkehr)

P3.2 WLH

(Allgemeine Ordnungsangelegenheiten)

P8 GAL

(Kommunaler Ordnungsdienst)

Im Anschluss wurden zunächst die nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte mit Auswirkung auf den Haushalt beraten und beschlossen. Die nachfolgenden Ausführungen fanden daher nach Beratung des nichtöffentlichen Sitzungsteils statt.

StVD'in Abel verliest nach Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse, die Haushaltssatzung.

Stv. Rehm teilt mit, dass die GAL-Fraktion den Haushalt 2025 ablehne, da aus Sicht der Fraktion viele Chancen nicht genutzt worden seien. Hierzu verweist er auf die Anträge der GAL-Fraktion, insbesondere zum Neubau des Rathauses. Es sei zu befürchten, dass der Stadt die finanziellen Mittel fehlen, wenn der Umzug der Verwaltung und die anschließend geplanten Maßnahmen anstünden. Insgesamt seien die Gesamtkosten des Projektes des Rathausneubaus noch nicht in voller Gänze dargestellt worden. Bezüglich der Grundsteuer bittet er, sowohl an die Verwaltung als auch an die Mitglieder des Rates gerichtet, auch die Mieter_innen nicht außer Acht zu lassen. Anschließend bedankt er sich bei den Mitarbeiter_innen der Verwaltung.

Stv. Ruppert teilt ebenfalls mit, dass die FDP-Fraktion den Haushalt ablehne. Die Stadt werde im Zeitraum 2025 bis 2028 ca. 35 Mio. Euro Verlust machen, welcher nur durch entsprechende Kassenkredite ausgeglichen werden könne.

Stv. Lukat spricht sich im Namen der WLH-Fraktion ebenfalls gegen den Haushalt aus. Man blicke mit Schrecken darauf, wie die Stadt langfristig in finanzielle Nöte manövriert werde.

Stv. Lemke erläutert, dass sowohl Bund und Land Aufgaben an die Städte delegieren, diese jedoch nicht entsprechend finanziell unterstützen, so dass die Städte einen Großteil der Kosten zu tragen hätten. Zum Neubau des Rathauses freue er sich, dass das Projekt weitergehen könne, jedoch wäre eine breitere Zustimmung der Ratsfraktionen wünschenswert gewesen. Auch er bedankt sich bei den Mitarbeiter_innen der Verwaltung und insbesondere auch der Kämmerei, welche den Haushaltsplan erstellt und vorgelegt hätten.

Stv. Stracke teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt zustimmen werde. Die Mehrkosten des Rathausneubaus seien zwar ärgerlich, jedoch sinnvoll investiert. Man müsse sich ansonsten die Frage stellen, was passiere, wenn das Rathaus nicht gebaut werde. Es sei wichtig, der Verwaltung ein entsprechendes Arbeitsumfeld zu gewährleisten, sofern man eine entsprechende Leistung seitens der Verwaltung erwarte. Über die Einsparungen bei freiwilligen Leistungen könne zwecks Konsolidierung gesprochen werden, jedoch dürfe dies nur unter dem Aspekt der Aufrechterhaltung einer lebenswerten Stadt geschehen. Bezüglich der Hebesätze teilt er mit, dass eine Anhebung der Grundsteuer seitens der SPD-Fraktion nicht gewollt sei. Er richtet anschließend ebenfalls seinen Dank an alle Mitarbeiter_innen der Verwaltung.

Stv. Giebels führt aus, dass die Stadt, bezogen auf deren Einnahmen, kein Problem habe. Das Problem liege vielmehr auf der Ausgabenseite. Auch der Rathausneubau binde einen großen Teil der finanziellen Ressourcen der Stadt. Die Rücklagen seien aufgebraucht und auch durch übergeordnete Ebenen werden weitere finanzielle Mittel abgeschöpft. Man müsse die Möglichkeiten auf kommunaler Ebene nutzen und auch Alternativen eindringlicher prüfen und für diese offen sein.

Beschluss:

Der am 29.10.2024 vorgelegte Entwurf der Haushaltssatzung 2025 nebst Anlagen wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu den einzelnen Veränderungsanträgen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen
19 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen

22./ Neubesetzung von Ausschüssen

Protokoll:

Das Jugendparlament zieht seinen Antrag auf Neubesetzung von Ausschüssen zurück. Nach interner Beratung im Jugendparlament soll ein erneuter Antrag erfolgen.

Beschluss:

Den vorliegenden Anträgen auf Neubesetzung von Ausschüssen der CDU, SPD, FDP, des Stadtelterrates, der Stadtschulpflegschaft sowie der privaten Kindergruppe wird zugestimmt.

Damit gehen folgende Änderungen an der Besetzung der Ausschüsse einher:

- Herr Fabian Dawin für Frau Britta Longerich als neues stimmberechtigtes Mitglied im JHA für die private Kindergruppe
- Frau Bernhild Kurosinski für Frau Svenja Kahlke-Kreitzberg als neues beratendes Mitglied im BSA für die Stadtschulpflegschaft Haan
- Stv. Annette Leonhardt (CDU) wird neue Ausschussvorsitzende im DOPA
- Stv. Jens Lemke (CDU) wird Ausschussvorsitzender im Wahlprüfungsausschuss
- Stv. Braun-Kohl (CDU) wird 2. stellvertretende Ausschussvorsitzende im Wahlprüfungsausschuss
- Stv. Gerd Holberg (CDU) wird 1. stellvertretender Ausschussvorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss
- Frau Irena Popovic für Frau Sabine Mallon-Leonczuk als neues beratendes Mitglied im JHA für den Stadtelterrat Haan
- Frau Anna-Livia Gloth für Frau Yvonne Kupfer-Kasemann als neues stellvertretendes beratendes Mitglied im JHA für den Stadtelterrat Haan

- Herr Ferdinand Städtler (FDP) für Herrn Friedhelm Kohl (FDP) als neues Mitglied im Verwaltungsrat der Stadt-Sparkasse Haan (Rhld.)
- Herr Mathias Machan (FDP) als neues stellvertretendes Mitglied für die FDP-Fraktion im SPUBA
- Frau Leander Machan (FDP) als neues stellvertretendes Mitglied für die FDP-Fraktion im BSA
- Frau Dagmar Fach (SPD) als neues stellvertretendes Mitglied für die SPD-Fraktion im DOPA, FOA, WLKSTA, BSA, SIGA, SPUBA, UMA, RPA, Wahlausschuss und Wahlprüfungsausschuss

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

23./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Dürr verweist auf die geplanten Maßnahmen zum Schulhof der Gesamtschule und des zusätzlichen Zaunelementes und möchte wissen, ob die geplanten 97.000,- Euro hierfür ausreichend seien.

Techn. Dezernent Horst führt aus, dass dies noch genauer geprüft werden müsse, jedoch sollten die eingeplanten Kosten ausreichend seien.

Stv. Dürr ergänzt die Frage und möchte wissen, wie vorgegangen werde, sofern die Mittel nicht ausreichen sollten.

Techn. Dezernent Horst erläutert, dass dann nochmal genauer geschaut werden müsse, er sei jedoch guter Dinge, dass dies nicht der Fall sein werde.

Protokollnotiz: Nach aktueller Kostenberechnung (Amt 65) stellen sich die Kosten wie folgt dar:

<i>Kostenrahmen Außenanlagen (KG 500)</i>	
<i>Spielfeldmarkierung</i>	4.150,- €
<i>Ballfangzaun 2 Kopfseiten</i>	25.000,- €
<i>Galaarbeiten Vorbereitung Fahrradkäfig</i>	2.500,- €
<i>Kostenrahmen Fachingenieure (KG 700)</i>	
<i>Honorarkosten Statiker</i>	12.000,- €
<i>Immissionsgutachten</i>	3.000,- €
<i>Gesamt brutto</i>	46.650,- €

<i>Kostenberechnung (Amt 66 + Amt 40)</i>	
<i>Aufstellung Fahrradbügel Amt 66</i>	30.000,- €
<i>Aufstellung Silence Tore Amt 40</i>	16.000,- €
<i>Gesamt Amt 66 + 40</i>	46.000,-€
<i>Risikobudget</i>	4.000,- €
<i>Gesamt gerundet</i>	97.000,- €

Für die bereits 2024 zugesagten Projekte und das zusätzliche Zaunelement sind somit keine weiteren Haushaltsmittel im Jahr 2025 notwendig. Im Abstimmungsprozess mit der Schulleitung wurden weitere 15 Sitzbänke, 11 Abfallbehälter und zwei Großabfallbehälter als wünschenswert erachtet. Deren Aufstellung wird aktuell nicht weiterverfolgt, da sich deren Kostenprognose auf weitere 75.500 Euro brutto für die Lieferung inkl. Montage / Aufstellung / Fundamente / Pflasterarbeiten beläuft.

Das abschließende Schallgutachten liegt vor, und gibt nachfolgende Empfehlung. Sollte die Benutzung des Spielfeldes außerhalb der Schulzeit erlaubt sein sind gemäß Lärmschutzverordnung Schallschutzwände, nach Prüfung des Büros in Höhe von 3m, notwendig. Diese sind bautechnisch auf dem Sporthallendach sehr aufwendig und kostenintensiv realisierbar.

Hierdurch wird zurzeit die Nutzung des Spielfeldes lediglich während der Schulzeit (bis ca. 17:30 Uhr) weiterverfolgt. Somit ist eine Betrachtung der Schallimmission gemäß Lärmschutzverordnung nicht notwendig. Der Schulbetrieb hat immer Vorrang. Die Sicherstellung der Benutzungszeit ist noch abschließend zu klären.)

Zur Anfrage der WLH-Fraktion vom 16.12.2024 – Sachstand Defibrillatoren an Schulen

1. Bgo. Herz erläutert, dass die Verwaltung erst nach Genehmigung des Haushaltes 2024 mit der Maßnahme beginnen konnte. Eine Sponsorsuche blieb leider erfolglos, so dass die Verwaltung eine Ausschreibung vornehmen musste, welche jedoch wegen einer großen Abweichung nach oben aufgehoben werden musste. Eine erneute Ausschreibung stünde jedoch unmittelbar bevor.

Zur Anfrage des fraktionslosen Stv. Giebels (BU Haan) vom 16.12.2024 – Vorkaufsrecht Stadt Haan Grundstücksareal ehemaliges Krankenhaus

Techn. Dezernent Horst antwortet hierzu wie folgt:

zu 1.

Das Schreiben des Notars ist datiert auf den 20.02.2024, Eingang bei der Stadt Haan am 23.02.2024

zu 2.

Zuständig ist hier das Tiefbauamt des Dezernates III

zu 3.

Mit Eingang des notariellen Schreibens am 23.02.2024

zu 4.

Es liege kein allgemeines Vorkaufsrecht der Stadt Haan vor. Auch eine Vorkaufsrechtssatzung gäbe es nicht.

zu 5. und 6.

Sofern ein Vorkaufsrecht bestünde, würden die Gremien auch entsprechend beteiligt. Da dies hier jedoch nicht der Fall ist, lag bisher kein Erfordernis vor, dies den politischen Gremien mitzuteilen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

24./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.